Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle innerhalb Dresdens 2,50 M. (einschl. Bringung), durch die Post im Deutschen Reiche 3 M. (ausschließlich Bestellgeld) vierteljährlich.
Einzelne Nummern 10 Pf.
Wird Zusendung der für die Schriftleitung bestimmten, aber von dieser nicht eingeforderten Beiträge verlangt, so ist das Postgeld beizufügen.

Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.
Erscheinen: Werktags nachm. 5 Uhr.

Ankündigungsgebühren: Die Zeile kleiner Schrift der 7mal gespaltenen Ankündigungs-Seite oder deren Raum 20 Pf. Bei Tabellen- und Ziffernsatz 5 Pf. Aufschlag für die Zeile. Unterm Redaktionsstrich (Eingesandt) die Textzeile mittler Schrift oder deren Raum 50 Pf.
Gebühren-Ermäßigung bei öfterer Wiederholung.
Annahme der Anzeigen bis mittags 12 Uhr für die nachmittags erscheinende Nummer.

№ 88. Freitag, den 18. April nachmittags. 1902.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Rentner Gralapp in Naundorf das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Das Ministerium des Innern hat den Vertrieb von Loosen für die von dem Verbande oberbadischer Zuchtgenossenschaften zu Waldshut in Verbindung mit der am 15. und 16. September dieses Jahres in Radolfzell stattfindenden Ausstellung beabsichtigte Verloosung von Zuchtvieh auch im Königreiche Sachsen unter der Bedingung genehmigt, daß die Nummern der gezogenen Loose unter Angabe der auf sie gefallenen Gewinne an demjenigen Tage, an welchem der öffentliche Verkauf der Ziehungslisten beginnt, im „Dresdner Journal" und in der „Leipziger Zeitung" veröffentlicht werden.

Dresden, am 3. April 1902.

Ministerium des Innern.
v. Metzsch. 1601

Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentl. Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Finanzen. Bei der Post-Verwaltung sind ernannt worden: Lachmann, Lippert, Dachsel, Becherer, Hillebein und Kolbe, zeither Postkassirer, als Postinspektoren (Ortsaufsichtsbeamte) im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirection Leipzig; Liebhold, Drechsler, Roll, Schmidt, Spindler, Oehlschläger, Eichblatt und Graebke, zeither Postassistenten, als Postinspektoren (Ortsaufsichtsbeamte) im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirection Dresden; — Büchner, zeither Ober-Postdirectionssekretär, als Postkassirer in Meerane; Herrmann, zeither Postmeister in Wolkenstein, als solcher in Königsbrück; F. E. Schmidt, zeither Ober-Postsekretär in Düsseldorf, und F. H. Schmidt, zeither Postsekretär, als Ober-Postsekretäre im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirection Dresden; Lenz, zeither Postverwalter in Leutersdorf (Oberlausitz), als solcher in Großschweidnitz (Bez. Dresden); Horn, zeither Postverwalter in Waltersdorf (S.), als solcher in Schirgiswalde; Marx, zeither Postverwalter in Taubenheim (Spree), als solcher in Waltersdorf (S.); Kirchberg, Gastwirt, als Postagent in Zethau (Bez. Dresden); Sickert, Gasthofsbesitzer und Fleischer, als Postagent in Großerkmannsdorf (Bez. Dresden); Kretschmer, Privatier, als Postagent in Schönau a. d. Eigen; Männel, Stationsverwalter, als Postagent in Großschirma.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zu besetzen: eine neuerrichtet. ständ. Lehrerstelle in Groß-Zschachwitz, Kgl.: das Ministerium des Kultus ꝛc. 1200 M. Gehalt, 45 M. Heizungsgeld f. d. eigenen Bedarf u. Wohnungsgeld f. Verh. 500 M., f. Unverh. 250 M. Bewerbungsgesuche sind a. d. Kgl. zu richten u. nebst den erforderl. Beilagen, hierunter f. Hilfslehrer der Nachweis über erfüllte Militärdienstpflicht, bis 1. Mai an Bezirksschulinspektor Schulrat Lehmann, Pirna, einzureichen; — die dritte Lehrerstelle a. d. Kirchschule zu Oppach Kgl.: die oberste Schulbehörde. 1200 M. Gehalt u. fr. Wohnung. Bewerbungen sind m. sämtl. Unterlagen bis 30. April beim Bezirksschulinspektor Bach, Löbau, einzureichen; — 1. Juli die vorbehaltl. der Genehmigung der obersten Schulbehörde neu zu begründende 9. ständ. Lehrerstelle in Stötzn b. Leipzig. Kgl.: der Gemeinderat. 1200 M. Anfangsgehalt, der sich in 3j. Perioden 10 mal um je 150 M. erhöht, u. 375 M. Wohnungsgeld, das m. d. 30. Lebensj. auf 450 M. steigt; Höchstgehalt nach 30 J. ständ. Dienstzeit 3100 M. einschl. 400 M. Wohnungsgeld. Anrechnung auswärt. verbr. ständ. Dienstj. vorbehalten. Gesuche nebst den erforderl. Beilagen sind bis 5. Mai d. Kgl. einzureichen.

(Behördl. Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Innerpolitische Schwankungen in Oesterreich.

Aus Wien schreibt man uns:

In der Gruppierung der österreichischen Parteien hat sich kürzlich eine Aenderung vollzogen, die die parlamentarische Gesamtlage stark beeinflußt, obschon die Machtverhältnisse keine Verschiebung erfuhren. Die Deutsche Volkspartei ist aus dem vor drei Jahren geschaffenen Verbande ausgetreten, der alle deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses umfaßte. Durch diesen Schritt wurde die sogenannte „deutsche Gemeinbürgerschaft" gesprengt. Den Anlaß zur Entschließung der Volkspartei bot die vielbesprochene Abstimmung über die Organisation des Gymnasiums in Cilli. Die Deutschen wollten der allmählichen Slovenisierung dieser Lehranstalt vorbeugen und sie unterbreiteten dem Parlament den Vorschlag, daß die slovenischen Parallelklassen, die derzeit an den deutschen Gymnasien von Cilli und Marburg bestehen, durch ein in Marburg neuzuerrichtendes, rein slovenisches Gymnasium ersetzt werden sollen, wobei der deutsche Charakter der schon vorhandenen Bildungsinstitute gewahrt und zugleich dem Bedürfnisse der slovenischen Bevölkerung genügt würde. Dieser Antrag, den ein sehr gemäßigter deutscher Politiker eingebracht hatte, mißfiel ungeachtet seiner Objektivität den slawischen Gruppen des Parlaments. Die letzteren benutzten die willkommene Gelegenheit zu einer Kraftprobe und zur Wiederbelebung der ihnen unvergeßlichen Erinnerung an die einstige slawisch-klerikale Herrschaft im Parlament. Der Streich gelang ihnen aufs beste, da sie auch von deutsch-ultramontaner Seite Unterstützung erhielten. Für die deutschen Parteien war der Vorgang, der ohne zwingenden Grund die alte Feindseligkeit der Slawen gegen die deutschen Volksvertreter zum Ausdrucke brachte, ebenso überraschend wie peinlich. Er mußte die Deutschen darüber aufklären, daß ihre Widersacher trotz aller versöhnlichen Kundgebungen jeden Augenblick bereit seien, die auf nationalem Gebiete aufgesproßten zarten Friedenskeime zu zerstören, und daß sie auch bei der Geltendmachung bescheidener und gerechter Wünsche nicht gegen eine brutale Gewaltleistung der Slawen gesichert seien.

Nach dem verblüffenden Zwischenfall handelte es sich für die Deutschen um die wichtige Frage, welche Konsequenzen aus dem bedauerlichen Ereignisse gezogen werden sollen. Diese Frage wurde in einer für die eigenartigen Zustände im deutschen Lager höchst bezeichnenden Weise gelöst, nämlich in dem Sinne, daß die deutschen Parteien den Vorstoß ihrer Gegner durch die Vernichtung ihrer eigenen parlamentarischen Organisation beantworteten. Die Deutsche Volkspartei wollte der Regierung die Verantwortung für die Stegreif-Aktion der Slawen zuschieben und demzufolge die Opposition gegen das Ministerium beginnen; andere Gruppen wollten diese Schwenkung nicht durchführen, und so kam es zu der Spaltung, die vor allem die Slawen mit Freuden über den unerwarteten und weitgehenden Erfolg ihres Manövers erfüllen dürfte. Den trefflichen Strategen der Deutschen Volkspartei ist es gelungen, den Gegnern der Deutschen eine unverhoffte Freude zu bereiten, die Partei in einen Zwiespalt mit der Regierung zu drängen, der das Deutschtum schätzenswerte Errungenschaften verdankt, und endlich die erprobten Kampfgenossen des eigenen Lagers von sich zu stoßen. Die traurigsten Reminiszenzen an frühere Verirrungen der deutschen Politiker müssen wieder auftauchen, wenn man diese Leistung ins Auge faßt. Die Slawen wollten in unwürdiger Art und durch eine förmliche Ueberrumpelung ihre Macht demonstrieren, und die Antwort der Deutschen war eine Schaustellung der Zerfahrenheit und Ohnmacht.

Die Größe des Fehlers, den die Leiter der Deutschen Volkspartei begingen, wird gewiß nicht abgeschwächt durch die Aufdeckung der wahren Gründe dieses Mißgriffs. Es handelt sich dabei einzig um die Furcht, daß die Partei von den Deutsch-Radikalen der extremsten Richtung in dem Wettbewerbe um die Volksgunst überflügelt werden könnte. Wie kleinlich diese Erwägung ist, zeigte ein Zwischenfall, der sich wenige Tage nach der Schwenkung der Volkspartei abspielte. Die Anhänger des schrankenlosen Radikalismus empfanden das Bedürfnis, die Beratungen des Abgeordnetenhauses wieder einmal durch ein bißchen Obstruktion und Skandal zu stören, und sie zogen sich damit nur den schärfsten Tadel aller Parteien des Parlaments und aller unbefangenen Volkskreise zu. Die Volkstümlichkeit jener Männer ist demnach eine so zweifelhafte, daß andere Parteien sicherlich keine Ursache haben, ihr gesamtes Verhalten nur dem Streben nach gleicher Volkstümlichkeit unterzuordnen. Die triftigsten Erwägungen würden vielmehr dafür sprechen, daß die deutschen Politiker jetzt ihre Einigkeit aufrechthalten und daß sie dabei nach außen hin eine kluge Mäßigung an den Tag legen. Wenn sie bei jedem Mißgeschick, das ihnen zustößt, in Verlegenheit darüber geraten, ob sie die Regierung bekämpfen oder um Hilfe anrufen sollen, so überschätzen sie die Macht der Regierung, und zwar nicht nur die Macht des Kabinetts Koerber, sondern auch diejenige eines jeden anderen Ministeriums. Die Thatsache, daß die Deutschen im österreichischen Abgeordnetenhause seit dem Tage, an dem die Tschechen und der böhmische Großgrundbesitz auf die Abstinenz verzichteten, nicht über die Mehrheit verfügen, kann von keinem Kabinett beseitigt oder unwirksam gemacht werden. Die Aufgabe der deutschen Führer müßte es sein, die Taktik nachzuahmen, die von ihren Gegnern wiederholt mit größtem Erfolge angewendet wurde, das heißt, sich bei den nicht vorweg von Erbitterung gegen das deutsche Element erfüllten Vertretern der nichtdeutschen Nationalitäten Freunde und Verbündete zu werben. Nur durch dieses Mittel könnte der jetzt immer drohenden Gefahr einer Majorisierung der Deutschen vorgebeugt und zugleich der Regierung die Handhabe zu ungehemmter Entfaltung ihres Wohlwollens für die Deutschen geboten werden. Wenn deutsche Parteien sich aber von den Radikalen zur Hervorkehrung einer schroffen Unduldsamkeit verleiten lassen und wenn sie sich damit jede Möglichkeit zur Annäherung an andere Gruppen verschließen, so begeben sie sich freiwillig in eine leicht angreifbare Stellung, die auch durch den Schutz der Regierung nicht sturmfest werden kann. Führt die verfehlte Taktik dann noch zu Zwistigkeiten zwischen den deutschen Parteien selbst, so muß eine solche Entwickelung die Gegner förmlich zu Vorstößen ermutigen.

Diese Erwägungen sollten von den Deutschen eben heute, angesichts der bedauerlichen Folgen der jüngsten Ereignisse beherzigt werden. Eine Ernüchterung scheint wohl eingetreten zu sein, die weitere Entwickelung läßt sich aber noch nicht vorhersagen. Die Regierung hat der Volkspartei das Versprechen erteilt, daß die Deutschen eine Genugthuung für die Schlappe erhalten sollen, die ihnen von der Mehrheit bereitet wurde. Die bezüglichen Verhandlungen sind in der Schwebe, und man behauptet, daß sie ein befriedigendes Ergebnis verheißen. Ein Ausgleich wird aber gewiß nicht leicht zu erzielen sein, da die Bewegungsfreiheit der Regierung durch die unvermeidliche Rücksichtnahme auf die slawischen Parteien beengt ist. Die Regierung würde den Deutschen keinen guten Dienst leisten und sich ihre eigene Stellung erschweren, wenn sie ein Abkommen träfe, das die Kampflust der slawischen Gruppen neuerdings entfachen könnte, und die Entwirrung des Knotens erheischt daher die größte Vorsicht. Gefördert dürfte die Ausgleichsarbeit immerhin dadurch werden, daß die Volkspartei nun unverkennbar die Neigung hegt, den Friedenspfad zu beschreiten, wenn man ihr ihn gangbar macht. Ihre Führer erklären, daß die vollzogene Schwenkung nicht etwa die Anwendung der Obstruktion einleiten sollte, sondern daß die Partei die Fesseln des Verbandes mit den anderen deutschen Gruppen nur abstreifte, um die Interessen des Deutschtums im Bedarfsfalle auf eigene Faust durch eine parlamentarische Opposition gegen die Regierung zu wahren. Ueberzeugten die Führer der Volkspartei sich von der Ueberflüssigkeit eines Spezialkampfes für diese Interessen, die von der Regierung nicht bedroht werden, so dürften sie sich vielleicht in Bälde bemühen, die Tragweite ihrer letzten Augenblicks-Entschließung abzuschwächen.

Der Krieg in Südafrika.

In der gestrigen Sitzung des britischen Unterhauses gab der Kolonialsekretär Chamberlain die Erklärung ab, er sei zur Zeit nicht in der Lage, irgend welche Angaben über die Verhandlungen mit den Buren zu machen.

Die Londoner „Daily Mail" meldet, sie könne auf Grund ernsthafter Informationen mitteilen, daß die Friedensgrundlagen im wesentlichen in Pretoria gelegt worden seien. Das Blatt giebt sodann eine Darstellung der Verhandlungen, die am Montag mit Milner begonnen hätten, und führte aus: Die Buren verlangten dringend einen Waffenstillstand. Am Dienstag lehnte das englische Kabinett dieses Gesuch entschieden ab. Die Buren beruhigten sich hierbei, und die Beratung begann. Es scheint jetzt, daß es sich um die Besprechung von Bedingungen der Buren als Grundlage der Verhandlungen handelte. Thatsächlich unterbreiteten die Buren keinerlei formellen Vorschlag irgendwelcher Art. Das englische Blatt ging von dem Gesichtspunkte aus, daß weder Vertrag noch Abkommen, noch auch eine Regelung in Betracht komme, sondern daß es sich nur um Bedingungen handeln könne, die der Sieger dem geschlagenen Feinde stelle, der sich unterwerfe. Die Buren bestanden lebhaft auf Amnestie, Zurückziehung der Verbannungsproklamation, einer baldigen Wiederherstellung einer verantwortlichen Regierung und Anteil der Buren an dem Ausführenden Rat, der auf die Militärverwaltung folgen soll. Die englische Regierung lehnte es am Mittwoch ab, ihre Bedingungen in irgend welcher Weise abzuändern. Diese Antwort wurde den Buren am Donnerstag notifiziert, doch versprach ihnen Milner, daß sie einen oder zwei Sitze in dem Ausführenden Rat haben sollen. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Buren dem Wesen nach die englischen Bedingungen annehmen. Es seien nur noch einige Einzelheiten ohne Bedeutung zu regeln. Bisher haben die Vertreter der Buren vollkommen unabhängig von den Abgesandten der Buren in Holland gehandelt.

Der „Nieuwe Rotterd. Courant" endlich will aus dem Haag aus angeblich glaubwürdiger Quelle erfahren haben, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Friedensverhandlungen zwischen den Burenrepubliken und England infolge der Unmöglichkeit, zu

Kunst und Wissenschaft.

Berichte aus den Königl. Sammlungen 1901.

7. Münzkabinett.

Die Sammlung vermehrte sich um 195 Stücke, und zwar 10 in Gold, 164 in Silber, 19 in unedlem Metall und 2 von Papier. Davon waren 15 (6 in Silber, 7 in unedlem Metall und 2 von Papier) Geschenke, 63 silberne und 2 von Bronze ergaben sich aus der weiteren Durchsicht und Einreihung der aus Mitteln des v. Römerschen Fonds erkauften Konsul Engelmannschen Sammlung, 10 Stück aus Gold, 95 aus Silber und 10 aus unedlem Metall kamen durch Ankäufe zur Sammlung. Geschenkweise gingen überdies 11 Dubletten ein (7 in Silber und 4 in Kupfer).

Hervorzuheben aus den neuen Zugängen sind:

A. an Münzen: a) des Mittelalters: ein scharfes Exemplar jenes schönen großen Thüringer Brakteaten, der seinen gerüsteten Münzherrn mit Schild und Fahne auf linkshinschreitendem Apfelschimmel, umgeben von der Umschrift + LVDEWICHVS · PROVINCIALIS · COMES · A zeigt und auf Grund eines im Jahre 1846 zu Gotha gemachten Fundes, der Stücke dieses Schlages (abgebildet in Leitzmanns Numismatischer Zeitung, 1848, Tafel 2 z. S. 82, 3) zusammen mit Exemplaren eines gleichgroßen Brakteaten des Königs Friedrich I., 1152 bis 1155 (abgebildet ebenda Tafel 2 zu S. 81, 1), und eines in der Arbeit beiden sehr ähnlichen großen Erfurter Brakteaten des Mainzer Erzbischofs Konrad I. (erstmals 1162 bis 1165), abgebildet ebenda zu S. 81, 5 und bei v. Posern Tafel V, 6, brachte, dem Landgrafen Ludwig II., 1140 bis 1172, zugeteilt wird. Das Stück gehört bei einem Durchmesser von 43/45 mm zu den größten Brakteaten und zeigt außerordentlich zierlichen Stempelschnitt.

b) der Neuzeit, und zwar zunächst aus einer ansehnlichen Reihe sächsischer Münzen, die namentlich den ernestinischen Folgen zu gute kamen und diese in sehr erwünschter Weise vervollständigten: ein sehr schöner sog. Klappmützenthaler mit den Namen des Kurfürsten Friedrich des Weisen und der Herzöge Georg und Johann, also zwischen 1500 und 1507 geschlagen, da in letzterem Jahre eine veränderte Anordnung der fürstlichen Namen Platz griff, besonders interessant, weil er, namentlich in den Bildern der beiden Herzöge, die in der Behandlung ganz an dasjenige des Herzogs Ludwig Moro von Mailand (Regent 1480—1494, Herzog 1494—1500) erinnern, die Hand des italienischen Stempelschneiders nicht verkennen läßt; ein bisher nicht bekannt gewesener Freiberger Thaler des Kurfürsten Johann Friedrich und des Herzogs Georg von 1534 mit den schräg gestellten 8 Schildchen in den Umschriften und des Münzmeisters Hausmann Doppellilie nur vor der Umschrift der Vorderseite; Thaler derselben Fürsten aus der Annaberger und aus der Freiberger Münze von 1534, beziehentlich 1536, von bisher nicht verzeichneten Stempeln; ein Buchholzer Thaler derselben Herren von 153A (1537) mit FIERI·FE(cit), während alle bisher schon vorgelegenen den Fehler FERI·FE zeigen; ein bisher nicht vorhanden gewesener Annaberger halber Thaler des Kurfürsten Johann Friedrich und des Herzogs Heinrich von 1540, ein Freiberger Thaler des Kurfürsten Johann Friedrich und des Herzogs Moritz von 1542 mit dem fehlerhaften BVR statt BVR (gravius); ein bisher völlig fehlender Viertelthaler des am 9. Mai 1595 in kaiserlicher Haft zu Steyer gestorbenen Herzogs Johann Friedrich II. von Alt-Gotha von 1562 mit dem vorwärtsgekehrten Helme von Sachsen-Thüringen und den drei Schilden von Sachsen, Meißen und Thüringen; ein breiter Doppelthaler des Herzogs Johann Kasimir zu Coburg von 1625 mit dem Herzoge zu Pferde und dem sechsfach behelmten Schilde (von diesem Jahre bisher nicht vorhanden); ein halber Thaler des Herzogs Johann Ernst zu Eisenach von 1636; ein halber Thaler der herzoglichen Brüder Friedrich Wilhelm und Johann von Altenburg und Weimar aus dem Jahre 1582 mit dem fehlerhaften MAR-MIX (statt MISnae) und ein solcher von 1593 mit FAR statt FRA(tres); ein Thaler des Herzogs Johann Philipp von Sachsen-Altenburg und seiner drei Brüder von 1618 (bisher unbekannt); ein Thaler des Herzogs Friedrich Wilhelm II. von Altenburg, 1640, von dem bisher bekannten (Mabai 3969) sehr abweichend; ein Goldgulden der acht herzoglichen Brüder von Weimar von 1615 (J. Erbsteins Münz- und Medaillen-Freund, S. 11); ein Begräbnisthaler Herzog Wilhelms von Neu-Weimar, 1662, von dem bisher vorliegenden abweichend; ein prachtvoll erhaltener Konventionsthaler des Herzogs Friedrich III. zu Gotha und Altenburg von 1764; zwei Zweidrittelstücke des Herzogs Albrecht III. zu Coburg von 1692 und des Herzogs Heinrich zu Römhild von 1691; sodann an Geprägen der Albertiner ein sehr schöner Annaberger Thaler des Kurfürsten Moritz von 1552; ein Schneeberger halber Thaler des Kurfürsten August von 1555; ein Dresdner halber Thaler desselben von 1571, beide bisher nicht vorhanden; ein Merseburger doppelter Engelthaler (60 Groschen) des Kurfürsten Johann Georg I. von 1622 mit Patriarchalkreuz und Hahn als Münzmeisterzeichen; ein dergleichen einfacher Engelthaler von 1622 mit dem Hahn als Münzmeisterzeichen; ein Oberlausitzer Drittel des Kurfürsten Johann Georg II. aus der nur ganz kurze Zeit thätig gewesenen Münze zu Bautzen von 1666 erster Emission mit dem auf den späteren Exemplaren nicht zu findenden Worte NOVA nach Moneta; ein Ortsthaler (Viertel-Reichsthaler) des Kurfürsten Johann Georg III. von 1683 und schließlich zwei der Sammlung bis dahin fehlende Goldstücke des Kurfürsten Friedrich August III. und nachmaligen Königs Friedrich August I., nämlich ein Zehnthalerstück von 1782 und ein Fünfthalerstück von 1808.

Von nichtsächsischen Münzen sind hervorzuheben: ein breiter dreifacher Thaler des Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel von 1618 mit dem Herzoge zu Pferde und dem von den beiden wilden Männern gehaltenen fünffach behelmten vollständigen Wappen (v. Schultheß-Rechbergsches Thaler-Kabinett 6578), gefunden auf Reudnitzer Revier bei Grimma; ein halber Thaler des braunschweigischen Herzogs Wilhelm zu Harburg von 1620 mit Brustbild und dreifach behelmtem sechsfeldigen Schild (Katalog 5 der Numismatischen Gesellschaft zu Dresden Nr. 1137); eine Reihe von 38 des Bergbaues gedenkender Stolberger Silbermünzen der Grafen Christoph Friedrich und Jobst Christian (1704 bis 1718), Jobst Christian und Christoph Ludwig (1739), Christoph Ludwig II. und Friedrich Botho (1739 bis 1761) und Karl Ludwig und Heinrich Christian Friedrich (1768 bis 1810), sämtlich von der Hauptlinie zu Stolberg, darunter der Ausbeutethaler von 1717, ein Thaler von 1719, der Straßberger Ausbeutethaler von 1722 und das seltene Zweidrittelstück von 1739; zwei Mansfelder Thaler: der letzte der von den vorderortischen Grafen Bruno II. zu Bornstedt, Wilhelm zu Arnstein und Johann Georg und Wolrad von Artern geschlagenen Gemeinschaftsthaler mit der Jahreszahl 1615 und ein Gemeinschaftsthaler der vorderortischen Grafen Wolrad VI. zu Artern, Jobst zu Eisleben und Wolfgang zu Bornstedt von 1616; ein Thaler des Grafen Franz Ernst Schlick von 1651; ein Dukaten der schlesischen Herzöge Johann Christian zu Brieg und Georg Rudolf zu Liegnitz von 1610; ein Hamburger Portugaleser zu zehn Dukaten aus dem Anfange des 17. Jahrhunderts mit dem zwei Brautleute segnenden Heiland und einer Darstellung der Hochzeit zu Kana (abgebildet in J. Erbsteins Münz- und Medaillen-